

Zur herrschenden Unvernunft Staatsräson

Von Hans Bauer,
Vorsitzender der GRH

Die Bevölkerung Deutschlands widersetzt sich zunehmend staatlich verordnetem Denken und Gebot. Da bedarf es kräftiger Zurechtweisung. Vom Präsidenten, vom Kriegskanzler. Und vom ganzen Hofstaat und seinen Trompetern. Spätestens nach dem 7. Oktober, der, so auch der UN-Generalsekretär António Guterres, nicht aus dem „Vakuum“ kam. Also wird „Staatsräson“ gepredigt und gefordert. „Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson“, posaunt Scholz. Die Sicherheit der Palästinenser, seit Jahrzehnten unter israelischer Repression leidend, ist kein Thema. War es für die alte Bundesrepublik nie. Sie stand zu keiner Zeit auf der Seite der Unterdrückten. Weder in Südafrika oder in Chile und auch nicht im Nahen Osten. Und das nach Weltmacht strebende Großdeutschland schon gar nicht. Völkerfrieden war in der Bundesrepublik nie Staatsräson. Im Gegensatz zum anderen Deutschland. In der DDR war Solidarität mit dem gerechten Kampf der PLO, der palästinensischen Befreiungsbewegung, selbstverständlich. Friedensnobelpreisträger Jassir Arafat stand über viele Jahre als Symbol dafür. Diese Parteinahme der Deutschen Demokratischen Republik für die Menschlichkeit richtete sich nicht gegen Juden, gegen das Volk Israels. Nein, die unmenschlichen Verbrechen mit sechs Millionen ermordeten Juden begründeten hier besondere Verantwortung für die Überlebenden. Das ist an vielen Beispielen belegbar.

Aber sie waren keine Rechtfertigung für Verbrechen des israelischen Regimes an den Palästinensern. Eben solche historische Verantwortung sah die DDR gegenüber den Völkern der Sowjetunion mit 27 Millionen Opfern. Darin begründet sich auch das Verständnis vieler für die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation heute. Es ist aber nicht nur verleugnete

historische Verantwortung des imperialistischen Deutschlands, es ist auch die Wahrheit, die auf der Strecke bleibt. Deutsche Politiker sprechen von Demokratien in Israel und in der Ukraine, die es angeblich zu verteidigen gilt. Das Israel Netanjahus hat mit Demokratie nichts zu tun. Und das Regime der Ukraine, in der ein Faschist Bandera Nationalheld ist, kann für sich „Demokratie“ schon gar nicht in Anspruch nehmen. Für die „nationale Sicherheit“ der USA sei es von entscheidender Bedeutung, dass Israel in seinem Krieg gegen die Hamas und die Ukraine in ihrem Krieg gegen Russland Erfolg haben, gibt Joseph Biden vor. „Wir können nicht zulassen, dass Terroristen wie die Hamas und Tyrannen wie Putin gewinnen“, so der US-Präsident. Die Haltung Deutschlands zu internationalen Konflikten entspricht grundsätzlich dieser Vorgabe. Eben Kriegs-Bündnistreue. Innenpolitisch legt Deutschland nach. Mit restriktiven Maßnahmen gegen Andersdenkende. Mit Verboten, Disziplinierung und Strafen. Mit einer Atmosphäre der Einschüchterung und Denunziation. Mit Meinungsdictatur statt Meinungsfreiheit. Deutschland muss „kriegstüchtig“ werden, verkündet der Kriegsminister. Wer gegen diese Politik ist, macht sich verdächtig, wer gegen Israels Rassismus ist, wird als Antisemit diffamiert. Rason bedeutet Vernunft. Was für ein Irrsinn. Die Macht habende Unvernunft ruft zur Staatsvernunft auf. Das Gebot der Stunde ist ein sofortiges bedingungsloses Schweigen der Waffen. Verhandlungen über Sicherheit und gleiche Rechte aller im Nahen Osten wie auch in Europa – sich dafür einzusetzen, wäre deutsche Staatsvernunft. Es wird Zeit, dass das Volk die Unvernünftigen, die Kriege führen und unterstützen, zur Rason bringt, zur Staatsräson zwingt.

*

Reaktionen in der Redaktion 2023

Die positiven Reaktionen auf unseren Artikel im Dezember vorigen Jahres (Reaktionen in der Redaktion) veranlasste uns, auch dieses Mal, nicht nur die Leserpost zu lesen, sondern den Lesern etwas zum Lesen zu geben, um auf diese Weise darzustellen (oder es zu versuchen), wie und warum mancher Beitrag von unseren Lesern auf die Zeitungsseiten gelangte und warum mancher nicht.

Die Wehen der Coronazeit sind überwunden. Sie hatten bewirkt, dass die Leserpost auch in diesem Jahr vorwiegend auf digitalem Wege in Berlin ankam. Dort hatte allerdings die Anzahl der Isor-E-Mail-Adressen zugenommen und so mäanderte manche Post an der Ansteuerung Isor-Redaktion@t-online.de vorbei, verfiel sich in anderen Häfen, wurde aber von dort zumeist rechtzeitig („zeitnah“, wie man sich im halbgebildeten Kauderwelsch jetzt ausdrückt) dem richtigen Anleger zugeleitet. Was dann passiert, haben wir im vorigen Dezember beschrieben. Dabei hatte die Redaktionskommission dieses Mal mit erheblichen Ausfällen aus Krankheitsgründen zu tun, und es ist ein Glück, dass Wolfgang Schmidt, der langjährige Geschäftsführer, erfahrene ISOR-Insider und mit einer soliden „Schreibe“ ausgerüstete Senior mit uns am Redaktionstisch sitzt.

Es hat sich unsere Haltung zum Krieg in der Ukraine durchgesetzt, indem der Tenor unseres „Standpunktes“ vom März 2022, dass allein Frieden Probleme lösen wird weiter gültig bleibt. Dieser Ansicht sind wir treu geblieben und vertreten sie auch jetzt vehement, während im so genannten „Nahost-Konflikt“ in der bürgerlichen Kriegspropaganda je nach Zielstellung Nationalitäten mit religiösen Glaubensrichtungen absichtlich vermischt und instrumentalisiert werden.

Wir streben weiter, ja sogar intensiver, nach zuverlässigen, marxistisch fundierten Quellen für unsere Information der Mitglieder. Es gab Zeiten, da gab es sie in den Reihen unserer Mitglieder, als die Quellen noch im eigenen Brunnen sprudelten. Aber zum Glück und (Gott sei?) Dank wurde uns Marxisten ein solider Jungbrunnen offenbar: Die einzige marxistische Tageszeitung in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die „jungeWelt“, öffnete uns so manches Angebot, das wir verantwortungsbewusst großzügig nutzen dürfen. (Da kommen Erinnerungen auf, als uns vor ein paar Jahren eine Zeitung, die sich damals sozialistisch nannte, nach der Nutzung eines Beitrages eine Rechnung von ein paar Hundert Euro aufmachte.)

Ja, Solidarität ist heute auch auf dem „Nachrichtenmarkt“, eine rare Angelegenheit und wir prüfen zurzeit, ob wir auf Vorschlag der jW eine Medienpartnerschaft mit ihr eingehen. Das gehört zur Solidarität, wie auch die Unterstützung der „Rosa-Luxemburg-

Schenkt Euch
ein Print!



Jetzt die junge Welt verschenken!

75 Ausgaben
für 75 Euro*

*endet automatisch,
muss nicht abbestellt
werden
jungewelt.de/verschenken, 0 30/53 63 55-80
oder abo@jungewelt.de

Konferenz“, die seit 29 Jahren regelmäßig im Januar stattfindet und über die Achim Bonatz bereits 2018 berichtete und zur Unterstützung aufrief. Nehmen wir diese Tradition wieder auf; ein Antrag auf Hilfe ist beim Vorstand anhängig.

Unsere Unterstützung der RLK und der diese ausrichtende Zeitung ist praktizierte Solidarität für eine Zeitung, die permanent unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht und der man aus dieser Richtung erklärtermaßen gerne die Existenzgrundlage rauben würde. Da ist es einer „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung“ würdig, sich dagegen in Stellung zu bringen. Wie einfach und eingehend sagen es Bertolt Brecht und Hanns Eisler in ihrem Solidaritätslied:

„Wollen wir es schnell erreichen, brauchen wir noch dich und dich.“

Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich.“

Ein Ehrenzeichen dieser Solidarität sollte uns etwas wert sein, besonders wenn wir auch daran denken, dass die junge Welt den Kampf unseres Genossen Wolfgang Schmidt gegen dessen juristische Verurteilung publizistisch unterstützte und so die Stoßrichtung der von Klasseninteressen gesteuerten Justiz am konkreten Beispiel demonstrierte, während die Zeitung selbst mit Prozessen überzogen wurde und jederzeit wird. Und deshalb unterhält sie einen Prozesskostenfonds, in dem ihr finanzielle Unterstützung durch ihre Leser und Sympathisanten zuteil wird.

Auch für uns werden die objektiven Bedingungen nicht besser. Die monatliche Geburtstagsliste zeigt die Stärke unseres „Ältestenrates“ an, während anschließend die

Namen derer erscheinen, denen wir in Ehren gedenken.

Das Anrecht auf ein solches haben ja nicht nur und nicht allein unsere Verstorbenen. Es gebührte vielen, nein, allen, die durch ihre Mitgliedschaft unsere Solidaritätsgemeinschaft stärken, sei es durch ihre Beiträge und Spenden oder dort, wo es möglich ist, durch ihr aktives Mittun. Seit Jahrzehnten nutzen wir die Form der „Ehrenmitgliedschaft“ und veröffentlichen deren Träger. Aber ein jedes Mitglied, das die Verbreitung unserer Wahrheit unterstützt, trägt damit ein Ehrenzeichen für seine Solidarität „mit Seinesgleichen“ im Herzen

Unsere Zeitung soll auch im kommenden Jahr auf möglichst acht Seiten Informationen aus dem Leben unserer Gemeinschaft liefern und Beiträge zur politischen Entwicklung auf hohem Niveau durch ausgewiesene Autoren liefern. Das wird komplizierter, weil sozialistische Publizisten nicht reichlich gesät sind und mit Allgemeinplätzen zu allgemeinen Themen wollen und dürfen wir unsere Leser nicht beleidigen.

Ein neuralgischer Punkt ist unsere Position zu der/n Linkspartei(en), wie immer sie sich noch nennen (werden).

Historisch gewachsen ist eine solidarische, mindestens aber Anteil nehmende Position dazu, obwohl diese Solidarität in den vergangenen drei Jahrzehnten kompliziert war.

Die parteipolitischen Positionen und Entwicklungen in diesem Spektrum sind mehr denn je nicht vorauszusehen. Unsere Mitgliederzeitschrift wird und kann weiterhin kein Forum dafür sein, Trends und Personen auf diesem Feld zu beurteilen und zu kommentieren. Die jüngste Vergangenheit hat durch Leserbriefe wiederum gezeigt, dass es unter-

schiedliche Auffassungen dazu gibt, deren Bewertungen und Erörterungen nicht Anliegen einer aller vier Wochen erscheinenden Mitgliederzeitung sein kann. Wir setzen dafür weiterhin auf das Verständnis unserer Leser, auch wenn es nicht einfach ist und die Wogen von Sympathie und Ablehnung zu Persönlichkeiten in den Linksparteien hochschlagen. Und wenn wir einer Position das Wort geben, müssen wir es der anderen auch und schon sind wir in einem sehr subjektiv bezogenen Streit, den wir in unserer Mitgliederzeitung nicht führen wollen.

Gleichzeitig bitten wir, sich aktiv an der Lebendigkeit von **ISOR aktuell** zu beteiligen, aus dem Leben der TIG und über Entwicklungen im sozialen Umfeld, inklusive Hinweise auf unsere Altersgruppen betreffende Möglichkeiten im sozialen, medizinischen und gesellschaftspolitischen Gebiet zu berichten.

Carpe diem – Nutze den Tag. Das können wir tun: Spuren hinterlassen für die uns Nachfolgenden. Dafür ist niemand zu alt. Che Guevara sagte einmal aus einem Land, das seit mehr als 60 Jahren dem Würgegriff eines verbrecherischen Regimes standhält:

„Seien wir Optimisten. Versuchen wir das Unmögliche.“

Seien wir also Optimisten auch im kommenden Jahr. Strahlen wir diese Haltung in unsere Umgebung aus und ignorieren dadurch „das Unmögliche.“ Was ist in unserem Leben nicht schon alles geschehen, das wir für unmöglich hielten?

Die Wärme der Solidarität in unserer Gemeinschaft wollen wir uns auch im kommenden Jahr erhalten.

**Die Redaktion von ISOR aktuell
grüßt euch zum Neuen Jahr 2024.**

*

Aus der Arbeit des Vorstandes

Zu Ehrenmitgliedern der ISOR

wurden auf Beschluss des Vorstandes ernannt:

Paul Thielemann, Lutz Pfannschmidt und Paul Richter

in Würdigung ihrer langjährigen und verdienstvollen Arbeit als Vorsitzende der TIG Bautzen, Aschersleben und Weißenfels

sowie **Karl Schönley** aus der TIG Leipzig

*

Am 23. und 29.11. 2023 führten Joachim Bonatz, Anja Mewes, Wolfgang Kroschel und Wolfgang Schmidt im Auftrag des Vorstandes

persönliche Gespräche mit Horst Parton und Prof. Dr. Horst Bischoff. Beide konnten im vergangenen Jahr bedingt durch schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht mehr bzw. nur noch sporadisch an der Arbeit des Vorstandes teilnehmen.

In diesen Gesprächen wurde einvernehmlich beschlossen, dass Horst Parton und Horst Bischoff ihre Funktionen als Vorsitzender bzw. Stellvertreter des Vorsitzenden der ISOR e.V. niederlegen und ihre Mitgliedschaft im Vorstand beenden.

Beide werden weiterhin in vollem Umfang über die Arbeit des Vorstandes informiert und können – wenn sie es wünschen und dazu in der Lage sind – jederzeit an den Vorstandssitzungen teilnehmen. Ihr Rat ist weiter gefragt und Horst Parton wird zudem ISOR als ihr Eh-

renvorsitzender repräsentieren. Ihre großen Verdienste um die Gründung, Entwicklung und Führung der ISOR setzen hohe Maßstäbe für die Nachfolger in ihren Funktionen.

Auf Beschluss des Vorstandes wird Joachim Bonatz ab sofort die Funktion des Vorsitzenden übernehmen. Wolfgang Kroschel wird als Stellvertreter des Vorsitzenden die volle Verantwortung für **ISOR aktuell** übertragen und er wird damit auch „Verantwortlicher im Sinne des Presserechts“. Als zweiter Stellvertreter zur Unterstützung des Vorsitzenden in organisatorischen Fragen wird Lothar Schlüter eingesetzt.

*

Peter Speck berichtete, dass Mehrausgaben von 60.000 Euro im laufenden Jahr Anlass bieten, um nach Einsparmöglichkeiten zu suchen,

die u.a. Ausgaben für den Vorstand, Büroräume und „ISOR aktuell“ betreffen könnten. Peter Speck und Anja Mewes wurden beauftragt, zur nächsten Vorstandssitzung ein konkretes Einsparprogramm vorzulegen.

*

Der Vorstand kooptierte Wolfgang Kroschel als Mitglied des Vorstandes.

*

Andrej Stojanow übernimmt von Dr. Kristian Beyer die Verantwortung für den Internetauf-

tritt der ISOR ab Januar 2024, weil Kristian Beyer in den Ruhestand wechselt.

*

Anja Mewes wird künftig auch die Funktion einer friedenspolitischen Sprecherin der ISOR wahrnehmen.

Sie informierte u.a. über die internationale Konferenz des Deutschen Friedensrates mit dem OKV vom 27. bis 29.09.23 in Berlin (eine Broschüre dazu wird z. Zt. gedruckt) und ihre Teilnahme an einer Friedenskonferenz in Rom.



**Aus unseren
TIG**

Auch im Jahr 2023 führte die **TIG Dresden** ihre jährliche Gesamtmitgliederversammlung durch.

Das Hauptanliegen der Versammlung lag in der Einschätzung der Arbeit der TIG und in der Bestimmung der Schwerpunkte für die weitere Arbeit.

Als Gäste begrüßten wir Gerald Böhm vom Vorstand ISOR Berlin und TIG Vorsitzender Leipzig, Horst Eismann, Landesbeauftragter Sachsen und Mitglied des Vorstandes, Rica Gottwald als Mitglied des Stadtvorstandes der Partei DIE LINKE Dresden und Dietmar Polster als Sprecher des Vereins „Runder Tisch- Rentengerechtigkeit“.

Weitere Gäste waren Mitglieder der GRH, Rotfuchs, des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR sowie Mitglieder der umliegenden TIG.

In der Einschätzung unserer Arbeit wurde besonderer Wert auf den Zusammenhang der gegenwärtigen politischen Lage in der Welt und unserer konkreten Arbeit im Kampf um soziale Gerechtigkeit gelegt.

In einer Phase, in der nur noch die Aufrüstung in der Welt die entscheidende Rolle spielt und nicht die Anstrengungen für eine diplomatische Lösung der Konflikte zur Erhaltung des Friedens, sind die Auswirkungen für die soziale Gerechtigkeit besorgniserregend. Wohin führt die Politik, wenn der Verteidigungsminister das deutsche Volk mental auf einen Krieg einstellen will?

Gerade jetzt kommt es darauf an, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Kräfte zu bündeln, die für die Beendigung der Kriege und für einen dauerhaften Frieden eintreten.

Für unsere Mitglieder steht die Frage, wie soll die weitere Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE geführt werden.

Daran werden wir nichts ändern, auch wenn Sahara Wagenknecht ihre Partei gründen will.

Wir orientierten gerade in dieser Zeit darauf, eine Zusammenarbeit mit allen Kräften zu gestalten, die für Frieden und in unserem Interesse zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes kämpfen. Nur wer unsere Forderungen glaubhaft unterstützt, ist für uns auch wählbar.

Gerald Böhm orientierte in seinen Ausführungen auf die weitere Umsetzung der Führungskonzeption im Kampf um Rentengerechtigkeit mit dem Schwerpunkt der Bündelung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte.

Durch Rica Gottwald wurde in diesem Zusammenhang auch die Verantwortung der Partei DIE LINKE herausgearbeitet, dass die LINKE auch in Zukunft fest an unserer Seite steht.

Besonders ist als äußerst motivierend für unsere Mitglieder die Einschätzung der Arbeit des Vereins RTR durch Dietmar Polster zu werten.

Er machte unseren Mitgliedern wieder Mut, weil sie erkannten, dass es noch viele weitere aktive Initiativen zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes gibt.

Hier sollte m. E. auch eine Möglichkeit zur Gewinnung von Mitgliedern für den Verein RTR bestehen. So gab es bereits unmittelbar nach der Versammlung eine Anfrage, wie ein Betroffener Mitglied des Vereins werden kann.

Wir nutzten bis zur Jahresversammlung eine Unterschriftensammlung für die Petition des Vereins an den Deutschen Bundestag. Im Ergebnis leisteten 258 Mitglieder ihre Unterschrift.

In der Einschätzung der unmittelbaren Arbeit der TIG liegen unsere Schwerpunkte deckungsgleich, wie in der ISOR-Zeitung 7/2023 der TIG in Thüringen schon dargestellt.

In der Stabilisierung des Mitgliederbestandes wurden gute Ergebnisse durch die aktive Arbeit der Betreuer und Kassierer erreicht.

Dabei gehen wir davon aus, dass es auch aus Altersgründen verstärkt auf die persönli-

chen Kontakte und Unterstützung in sozialen Fragen ankommt.

Dazu ist ein Anlaufpunkt für soziale Fragen geschaffen worden, insbesondere zur Unterstützung bei Anträgen für Pflegestufen, Umzug in ein Betreutes Wohnen oder Pflegeheimen u.a.m.

Auch sollen die Mitglieder insgesamt noch stärker einbezogen werden.

Ab 2024 werden wir die Möglichkeit schaffen, dass alle Mitglieder an den Beratungen der Betreuer und Kassierer teilnehmen können.

Einen weiteren Schwerpunkt in unserer Einschätzung nahm die Abrechnung der finanziellen Arbeit der TIG ein. Die Kassierung der Beiträge und Spenden erfolgte bisher ohne Beanstandungen. Die der TIG bereitgestellten Mittel von 40 Prozent der Beiträge für die Mitgliederbetreuung wurden bisher zielgerichtet ausgelastet.

Mit dem sich verringern den Mitgliederbestand entsteht natürlich auch eine Reduzierung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

Deshalb ist eine weitere Stabilisierung des Mitgliederbestandes, die exakte Kassierung und die bewusste Verwendung der Mittel unter den gegenwärtigen hohen Preisen umzusetzen.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass die Mitglieder der TIG fest zusammenstehen und bereit sind, mit allen Parteien, Vereinen, Verbänden, Organisationen, die für Frieden und Rentengerechtigkeit kämpfen, zusammen zu arbeiten.

Wolfgang Bohlke, TIG-Vorsitzender

*

Aus der Postmappe

„Wir müssen kriegstüchtig werden“

Erschreckend und ungeheuerlich, wenn deutsche Politikerinnen und Politiker vorrangig Krieg als Mittel zur Konfliktlösung ansehen. Verteidigungsminister Pistorius (SPD) fordert öffentlich und medienwirksam eine neue Mentalität in der Gesellschaft. „Wir müssen kriegstüchtig werden“. Und die „Erste Diplomatin“ Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) lehnt vehement einen Waffenstillstand im Nahost-Konflikt ab.

Sowohl die Ampelregierung als auch eine fragwürdige Opposition tragen den sich verschärfenden außen- und innenpolitischen Kurs Deutschlands mit, und dies zum Teil euphorisch.

Geld, das laut Lindner nicht vorhanden ist, wird in enormer Milliardenhöhe für die Bundeswehr und die Ukraine zum Fenster rausgeworfen. Dem gegenüber fehlt es den Kommunen, in der Bildung, Jugend- sowie Präventionsarbeit, bei auskömmlichen Renten, im Gesundheits- und Sozialwesen an allen Ecken und Enden.

Ist das die „Zeitenwende“ von der der Bundeskanzler immer wieder fabuliert, ohne analytisch und akribisch die wirklichen Ursachen für die Konflikte in Deutschland, Europa und der Welt aufzuarbeiten? Dagegen werden Faschisten in der Ukraine hofiert, deren unübersehbare Korruptionsskandale geflissentlich übersehen und Bundeswehrbataillone auf unabsehbare Zeit ins Baltikum geschickt. Unsinnige Sanktionen werden fast inflationsartig verhängt, auch im Wissen, dass damit die Wirtschaft in Deutschland stranguliert wird. Die daraus resultierenden enormen Kosten und gravierenden Folgen für das Klima und die Umwelt müssen wir, Bürgerinnen und Bürger, ertragen.

Empörend auch die Aussage vom Bundeswirtschaftsminister Habeck: „Der Zweite Weltkrieg war ein Vernichtungskrieg gegen Juden, für das Naziregime war die Vernichtung des europäischen Judentums das Hauptziel.“ Ein Affront gegenüber den 27 Millionen toten Sowjetbürgern und unendlichen Opfern des Zweiten Weltkrieges. Dies alles erinnert fatal an die Äußerung von Joseph Fischer über das erfundene Ausschwitz in Jugoslawien und den völkerrechtsverletzenden Krieg zur Zerschlagung eines souveränen Staates.

Enttäuschend, dass sich die als links ausgebende Bundestagsfraktion nunmehr und endgültig ins Lager der Kriegsbefürworter und NATO-Versteher begeben und der Israel-Erklärung im Bundestag undifferenziert zugestimmt hat.

**Matthias Schwander, Dietmar Lehmann,
Raimon Brete, Chemnitz**

Mitglieder und Gäste der **TIG Weißenfels** sammelten sich am 19. Oktober im Gasthaus „Zur Post“ in Stößen zu einer Buchlesung, bei der Wolfgang Tanner aus der TIG Suhl, Mitautor der Kriminalgeschichten „Blutspur durch Thüringen“, Kriminalfälle aus dem 19. Jahrhundert bis in die heutige Zeit vorstellte.

Als ehemaliger Kriminalhauptkommissar stellte er ein Tötungsverbrechen in Meiningen aus dem Jahre 1978 dar und mehrere bewaffnete Banküberfälle 1991 in Thüringen, die von einem „Räuberduo“ aus Baden-Württemberg begangen wurden. Wolfgang Tanner war auch an der Aufklärung von vier Sprengstoffanschlägen auf die Eisenbahn beteiligt. Angesichts der von Kriminalität gekennzeichneten Lage in der heutigen Bundesrepublik können wir stolz darauf sein, dass wir unsere Aufgaben zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR konsequent erfüllten.

In der Gegenwart lassen wir uns von der Führungskonzeption unserer Gemeinschaft leiten.

An der Lesung nahmen 15 Mitglieder und drei Gäste der TIG teil, die diese Veranstaltung als gelungen bewerteten.

Peter Meier, Weißenfels

Lesenswert



Unser Mitglied Reinhard Lehmann empfiehlt sein Buch

„Harzer Hexenkessel“

Verlag Elektronik-Praktiker, 320 Seiten,
Preis 12,95 Euro, ISBN 978-3-96901-058-7

**Der Autor ist auch bereit, bei
Veranstaltungen von TIG sein Buch
vorzustellen.**

Kontakt 017467787229

*

UNSELIG

sind die Friedfertigen

Sie werden von ihren Feinden
niedergeschlagen,
von den Staatsanwälten
eingebuchtet,
von der unwissenden Menge als
Schwächlinge verspottet.

Aber wenn sie unter sich sind,
dann fressen sie sich
gegenseitig auf.

Carl v. Ossietzky

(Zitiert nach

„Friedenskultur leben“)

DENKMAL

Man soll ja nicht immer von früher reden, aber früher hießen die Dinge zuerst Welfenfonds, in denen das Geld der ruinierten Hannoveraner durch ollen Bismarck (der mit den Heringsbrötchen) „aufbewahrt“, also versteckt wurde.

Nach einem heißen und dann im kalten Krieg gab es, wir erinnern uns, in der mit Bananen zugestopften Republik den „Reptilienfonds“, aus denen die Adenauers und Straußens so manch illegales Geld aus den unergründlichen Tiefen eines „Schattenhaushaltes“ zutage förderten, wenn die russische Gefahr und die Not der freien Wirtschaft besonders groß waren.

Früher gibt es ja nicht mehr. Heute sagen wir bitte „Sondervermögen“, weil „Schulden“ ja nun wirklich doof klingen. Nur die Krokodilstränen sind noch geblieben, wenn so ein Sonderreptil im Schlamm verschwindet oder sich in einem öffentlichen Haushalt häuten muss.

Aber Jammern gilt nicht: Wenn wir auf dem von der äußeren Ministerin vorgezeichnetem feministischen Wege der „Ruinierung Russlands“ kühn voranschreiten, werden 60 Milliarden zusätzliche Schulden und einige Preis- und Steuererhöhungen sowie die Streichung sozialer „Belastungen“ mit Kraft und Freude gerne vom Volke „geschultert“.

w.k.

Information

Zur Mitgliederversammlung des Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ (RTR) am 23.11.2023

Gerald Böhm, Mitglied des Vorstandes der ISOR e.V., Mitglied des Vereins RTR e.V.

Am 23.11.2023 fand in Leipzig eine Mitgliederversammlung des Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ mit der Zielstellung statt, ausgehend von der Satzung des Vereins und des Beschlusses des Vorstandes des Vereins vom 23.10.2023 „Wofür stehen wir - Unsere Ziele“ das weitere Vorgehen zur Erreichung eines Rentengerechtigkeitsfonds für alle betroffenen Berufs- und Personengruppen der DDR zu erreichen. In der Versammlung wurde darüber hinaus rentenrelevante Themen, wie „ist die Rente in 10 Jahren auch noch sicher?“ und „ist mit der Rentenangleichung zum 1.7.2023 die Rentengerechtigkeit hergestellt und damit die Lebensleistung anerkannt?“, besprochen. Die ISOR e.V. wurde durch mich als Mitglied des Vereins RTR vertreten.

Gäste waren Vertreter der Gewerkschaften ver.di, der EVG und der IG BCE und später die Staatsministerin Sachsens Petra Köpping (Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt) sowie weitere den Kampf für Rentengerechtigkeit unterstützende Gruppen und Personen. Die Bedeutung der Teilnahme von Petra Köpping ist insofern bemerkenswert, da sie die einzige der eingeladenen Sozialminister oder Vertreter der Sozialministerien der ostdeutschen Bundesländer war, die der Einladung gefolgt ist. Auch eingeladene Vertreter der Bundesregierung waren nicht anwesend. Des Weiteren hat Petra Köpping einen persönlichen Anteil dran, dass sich die verschiedenen Interessengruppen, die für ihr Rentenrecht seit den 90er Jahren kämpfen, 2017 zum Leipziger Runden Tisch Rentengerechtigkeit zusammengeschlossen haben und aus dem am 30.6.2023 der Verein RTR gegründet wurde. Damit wurden Voraussetzungen geschaffen, dass der Verein auf Augenhöhe mit der Bundesregierung sprechen und verhandeln und gegenüber den Landesregierungen und politischen Parteien die Forderungen nach Rentengerechtigkeit, insbesondere der Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds, der die Lebensleistungen der DDR-Bürger anerkennt, auftreten kann.

Die Vorsitzenden des Vereins Dietmar Polster und Dr. Klaus-Dieter Weißenborn haben zu Beginn der Versammlung eine eindrucksvolle Bilanz des Kampfes für Rentengerechtigkeit seit den 90er Jahren gezogen. Besonders wichtig waren die Aussagen, dass immer wieder nach neuen Ansatzpunkten gesucht und diese aufgegriffen wurden, um Rentenrecht für die Benachteiligten zu erreichen. Mit der Schaffung des Härtefallfonds durch die jetzige Bundesregierung wurde politisch anerkannt, dass Rentenrecht besteht und die in der DDR berechtigt erworbenen Ansprüche mit dem Beitritt der DDR zur BRD missachtet wurden. Beide Vorsitzende brachten klar zum Ausdruck, dass dieser Härtefallfonds, bei dem auch noch bestimmte Voraussetzungen vorhanden sein müssen und nicht alle benachteiligten Berufsgruppen einbezogen sind, durch den RTR nicht anerkannt und akzeptiert werden. Die Forderung des RTR für die Schaffung eines bedingungslosen Rentengerechtigkeitsfonds, der die Lebensleistungen der DDR-Bürger anerkennt, bleibt die vorrangige Zielstellung des Kampfes der RTR.

Davon ausgehend wurden die weiteren Maßnahmen benannt und besprochen. Es geht zunächst um die Einbeziehung der Gewerkschaften zur Unterstützung bei der Durchsetzung des Gerechtigkeitsfonds, einschließlich des DGB. Es herrschte Übereinstimmung der Anwesenden, dass ohne die Unterstützung der Gewerkschaften es keinen Erfolg geben kann. Die anwesenden Gewerkschaften erklärten sich bereit, darauf hinzuwirken,

dass diese Unterstützung in die gewerkschaftlichen sozialen Zielstellungen sowohl des DGB als auch der Einzelgewerkschaften einfließen werden. Diese Aufgabe soll bis Jahresende erreicht werden. Weiter wird versucht, so auf die Wahlprogramme zu den Landtagswahlen und zur Bundestagswahl Einfluss zu nehmen, besonders auf die der SPD (die Partei „Die Linke“ hat die Fragen der Herstellung der Rentengerechtigkeit bereits aufgenommen), dass die Herstellung der Rentengerechtigkeit durch die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds in den Wahlprogrammen verankert

wird. Ziel ist es, dass in dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung die 2025 im Ergebnis der Wahl gebildet wird, dieser Rentengerechtigkeitsfonds als zu realisierende Maßnahme verankert ist. Es herrschte bei den Rednern Übereinstimmung, dass mit der jetzigen Bundesregierung eine solche Übereinkunft und die Umsetzung des Gerechtigkeitsfonds nicht zu erwarten ist. Im Weiteren plant der RTR im Wahlkampf zu den Landtagswahlen und zur Bundestagswahl diese

Forderungen mit Demonstrationen und Kundgebungen auf die Straße zu bringen. Es wurde die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass alle Benachteiligten und Sympathisanten, die für soziale Gerechtigkeit streiten, diese Aktionen unterstützen und sich beteiligen.

Sowohl Petra Köpping als auch die Vertreter der Gewerkschaften gaben ihr Versprechen, sich für die Aufnahme der Forderung des Gerechtigkeitsfonds in die Wahlprogramme einzusetzen und dafür zu streiten, ohne die Gewähr abgeben zu können, dass dies gelingt. Petra Köpping verwies in ihren Ausführungen darauf, dass es auch darum geht, einen Rechtsruck in der Gesellschaft bei den anstehenden Wahlen zu verhindern. Dabei kann der Kampf für Rentengerechtigkeit unterstützend wirken.

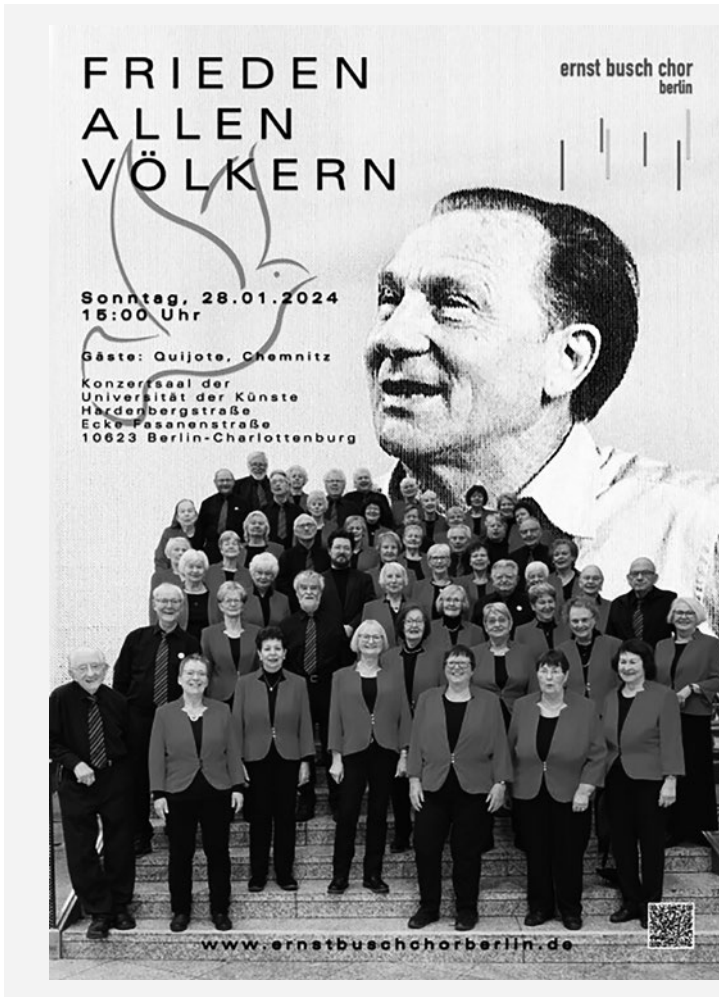
In der Diskussion und durch die Vorsitzenden des RTR wurde aufgezeigt, dass im Hinblick auf die aktuelle Finanzlage der Bundesrepublik, die sich besonders prekär nach dem Urteil des BVerfG mit Ablehnung der Umwidmung der Coronagelder darstellt, und weiterer zu erwartender Finanzkrisen die Rente in zehn Jahren nicht als sicher einzuschätzen ist. Gleichfalls wurde angesichts der nach wie vor bestehenden zum Teil hohen Lohnunterschiede zwischen Ost und West keine Rentengleichheit zum 1.7.2023 hergestellt, bedingt durch den Wegfall des Anpassungsfaktors zwischen Ost und West. Im Gegenteil, wachsende Lohnunterschiede werden zu mehr Rentenungerechtigkeit führen. Leidtragende werden die jüngeren Generationen sein.

Die Versammlung fand in einer aufgeschlossenen und sehr kämpferischen Atmosphäre statt. Vor allem die Diskussionsredner forderten vehement ihr Rentenrecht ein, kritisierten die Politik und die Politiker, die Fragen der Rentengerechtigkeit zu ignorieren und zu missachten und brachten zum Ausdruck, dass sie nicht eher aufhören, für ihr Rentenrecht zu kämpfen, bis dieses hergestellt ist.

Mein Fazit ist, dass mit den Möglichkeiten des RTR für uns als ISOR eine zusätzliche Option vorhanden ist, für Rentengerechtigkeit zu kämpfen und Ergebnisse zu erzielen. Zugleich werden wir durch unsere eigenen Maßnahmen und Möglichkeiten, so wie in der Führungskonzeption festgeschrieben, für unsere Rentengerechtigkeit kämpfen. Der RTR hat unsere solidarische Unterstützung verdient und wir sollten die geplanten Maßnahmen insbesondere zu den anstehenden Wahlen der Länder 2024 und des Bundestages 2025 aktiv mit Präsenz unterstützen.

...die Armen sind auf die Gerechtigkeit angewiesen,
die Reichen sind auf die Ungerechtigkeit angewiesen,
das entscheidet.

(B. Brecht)



Direktverkauf (nur Barzahlung) Im Foyer des Bürogebäudes (ehem. nd-Gebäudes) Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin

jeden Mittwoch
von 13 bis 14 Uhr außer am 13.12.23 und 27.12.23 letzter Verkaufstermin: 24.01.24,

eventuelle Restkarten sind an der Abendkasse erhältlich.

Telefon (letzter Verkaufstermin: 12.01.24)
Frau Ingrid Schönborn 030/9712317

Der Verkauf der Karten zum Preis von 15 € erfolgt über Platzvergabe.

Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen: Kulturvoll, erlebnisreich und solidarisch ins Reisejahr 2024

Zunächst ein herzlicher Dank den ISOR-Mitgliedern und Freunden, die wir zu unseren Fahrten im Jahr 2023 und zu unserer Herbstveranstaltung am 16. November begrüßen konnten. Zusammen mit den Teilnehmern aus den Reihen unseres Freundeskreises, der GRH, des Fördervereins RotFuchs u. a. erlebten wir einen interessanten Vormittag besonders mit dem begeisternden Programm des Ernst-Busch-Chores.

Traditionsgemäß wurde das Reiseprogramm für das Jahr 2024 vorgestellt. Es umfasst acht Tagesfahrten, sieben Mehrtagesfahrten und vier Wanderungen, die wie immer im gedruckten Jahresprogramm nachzulesen sind und auch auf der Website des OKV <https://okv-kuratorium.org/okv-reisen/> und <https://okv-kuratorium.org/kalender/>.

Auf zwei Tagesfahrten im März möchte ich schon jetzt aufmerksam machen:

Am **8. März 2024** feiern wir den **Frauentag**. Es geht mit dem Bus auf den Jakobshof in Beelitz. Ein Glas Sekt zur Begrüßung muss sein. Wir freuen uns auf die Kabarettistin und Liedermacherin Jane Zahn. Sie war in der Vergangenheit schon öfter bei GBM-Veranstaltungen zu Gast und unterhält uns mit pointierten Texten und Songs zu den Dingen, die auch uns umtreiben. Nach dem Mittagessen ist Zeit für einen Blick in den Hofladen. Musik zur Unterhaltung und zum Tanzen sowie die gemeinsame Kaffeetafel erwarten uns am Nachmittag.

Am **20. März 2024** krähen „Die Oderhähne“ in Frankfurt (Oder). Das Satirische Theater & Kabarett e.V. „DIE ODERHÄHNE“ befindet sich im Herzen der Stadt, im Frankfurter Rathaus. Beim Programm „**Alles hört auf kein Kommando**“ lassen sie ihren spitzen Schnäbeln und scharfen Sporen so richtig freien Lauf. Wir besuchen die Seniorenvorstellung um 15 Uhr. Vorher kehren wir zum Mittagessen ein und es bleibt noch etwas Freizeit in Frankfurt.

Der Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen freut sich über eine rege Teilnahme an diesen beiden Fahrten und natürlich auch an unseren anderen Aktivitäten.

Gern nehme ich die Anmeldungen telefonisch oder per E-Mail entgegen (Tel. 0173-6102512 bzw. gbm.dr.weiss@gmail.com) und schicke auf Wunsch auch unser Jahresprogramm zu.

**Tickets kaufen:**

online unter www.jungewelt-shop.de/RLK-2024-Konferenzkarten

jungen Welt-Laden, Torstraße 6, 10119 Berlin, Nähe Rosa-Luxemburg-Platz,

Öffnungszeiten: Mittwoch bis Freitag, 13.00 bis 18.00 Uhr, Telefonisch: 030 / 53 63 55 37

oder im **Kleinen Buchladen**, Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag: 10.00 - 18.30 Uhr

Bitte beachten: Tickets im Vorverkauf bis einschließlich 2. Januar 2024 werden auf postalischem Weg zugestellt. Bestellungen die nach dem 2. Januar eingehen, gelten als verbindliche Bestellung. Diese Karten werden an der Tageskasse hinterlegt.

Zwischenruf**Die Wenden**

Im Spreewald waren sie noch zu Beginn des vorigen Jahrhunderts recht zahlreich, die Ureinwohner, die sich Wenden nannten. Von den Oberlausitzer Sorben unterscheiden sie sich durch Sprache, Tracht, Traditionen und Religionszugehörigkeit.

Damals war das Bonmot verbreitet, in dem der Lehrer Klein Fritzen fragt: „Was weißt du über die alten Wenden?“ Und der Pfiffikus antwortete: „Von den alten Wänden rieselt der Kalk.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die allwissende Partei, die Spreewaldbewohner in Sorben umzutaufen. Da nannten sie sich erstrecht Wenden. So blieb ein Schwebezustand zwischen Volks- und Regierungssprache bis heute erhalten. Aber das Wort Wende kam aus der Sprachkiste, wandelte sich ein wenig und war in aller Munde.

Zunächst in dem des damals noch regierenden Generalsekretärs etc. pp. Im Gegensatz zu ihm nahm es Fahrt auf und setzte sich u. a. vor den „Hals“ und die „Jahre“. Dann hatte es sich, so wie er, irgendwann abgewirtschaftet.

Aber nach einer Reha tauchte es wieder auf und entfloh wiederum den Mündern und „Erzählungen“ der Politiker, aber natürlich auch der -innen.

So hörte man unsere äußere Ministerin, die ihm sogleich den doppelten Wert beimaß und von einer 360°- Wende sprach, wodurch der Kreis erfunden ward. Dass es dadurch nicht vorwärts ging, blieb weitgehend unbemerkt und ohne Folgen.

Unser aller Kanzler überlegte wie immer nicht lange und prägte angesichts der lausigen Zeiten

die „Zeitenwende“. Das darf nicht singular bleiben und ruft nach Kombinationen. Herrn Minister Pistolius störte schon lange die Filzlatzchen-Mentalität des Pöbels und er rief eine „Mentalitätswende“ aus, wodurch sich Frau und Herr Muster-soldat*_/in für einen Krieg verWENDEN lassen sollen. Die zieren sich noch. Aber mit der Einführung eines „Veteranentages“ als Ergänzung zum „Volkstrauertag“ (dem Erntedankfest der Rüstungsindustrie), umrahmt vom Buß- und Betttag wie dem Totensonntag erhalten wir einen stolzen deutschen Feiermonat, den uns erstmal jemand nachmachen soll, da können sich die Anderen wenden, wie sie bzw. wie wir wollen.

Dann sind wir wenigstens dafür gewappnet, wenn von den Wänden der neuen Ruinen der Kalk rieselt. **w.k.**

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Joachim Bonatz

V.i.S.d. PG. und Redakteur Wolfgang Kroschel, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 29.11.2023

Einstellung im Internet: 8.12.2023

Auslieferung: 13.12. 2023

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.12. 2023

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr

Tel.:(030) 297843-16

Fax: (030) 297843-20

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Stellv. GF-Rente/Soziales: Peter Ott Di/Do 8-15 Uhr

Tel.:(030) 297843-15

E-Mail: isor-berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Di 8-15 Uhr

Tel.:(030) 297843-17

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Finanzen: Sonja Franz Mo-Do 8-15 Uhr

Tel.:(030) 297843-19

E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung: Bernd Hartmann Mi 8-15 Uhr

Tel.:(030) 297843-17

E-Mail: isor-stat@t-online.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BELADEBEXX